



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

-?-: Deutschland und Oestreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

konnte z. B. mit der Neuen Preussischen Zeitung, welche bekanntlich von der Post vielfach für Landbewohner debitirt wird, Zeichnungen von landwirthschaftlichen Maschinen nicht versenden. Künftig, von einem noch zu bestimmenden Termine ab, wird dies gestattet sein. Die Versendung solcher Zeitungsbeilagen soll auf Antrag des Verlegers stattfinden. Letzterer würde sie der Aufgabe-Postanstalt vorzulegen haben, welche die Beilagen für eine sehr mäßige Gebühr (etwa 1 Pfennig) zu stampeln und sie alsdann dem Verleger zurückzugeben hat. Dieser erlangt dadurch das Recht, solche gestempelte Beilagen innerhalb eines bestimmten Zeitraums mit einer beliebigen, für seine Zwecke geeigneten Zeitung durch die Post debitiren zu lassen. Unzweifelhaft wird eine derartige Einrichtung der weiten Verbreitung von Präferzeugnissen in hohem Grade förderlich sein.

T.

Deutschland und Oestreich.

Aus Preußen, 1. October. — Die auswärtige Politik eines Reiches hat sich nach Interessen und nicht nach Sympathien und Gefühlen zu richten — diesen Satz bekennen heute wohl alle deutschen Politiker als richtig. Und dennoch, die alte in unserem politischen Leben so gut wie eingewurzelte Gewohnheit des Denkens und Redens erhält in jedem einzelnen Falle auch heute noch die Oberhand über jene Maxime, die wir alle mit dem Munde bekennen. Der geniale Leiter der deutschen Politik ist allerdings frei von Gefühlsimpulsen in seiner diplomatischen Action — die öffentliche Meinung aber, so weit sie sich in unserer Presse spiegelt, steht heute noch auf dem Boden, den sie in dem 4. und 5. und 6. Jahrzehnt unseres Jahrhunderts erreicht; sie hat von dem großen Zuge, der unser auswärtiges Amt beseelt, bisher noch wenig gelernt.

Wie beschämend und wie betrübend dieser Sachverhalt auch sein mag, deutlich liegt er vor in den Erörterungen unserer Zeitungen über Oestreich. Alles fließt über von Bethuerungen und Versicherungen unserer Sympathien für unsere „deutschen Brüder“ in Oestreich. Dem Ministerium Hohenwart wird freigebig unsere Verachtung und Abneigung votirt. Von einem Gegensatz der deutschfreundlichen Haltung, zu der Graf Beust sich entschlossen, und der deutschfeindlichen Politik, welche Graf Hohenwart verfolge, wird geredet und unheilvolle Prophezeiungen an diese Mahnung geknüpft. Wir verstehen sehr wohl, wie ein Gefühlsmensch solche Anschauungen loslassen kann. Wir verstehen aber nicht, wie man solche Ergüsse mit irgend welcher Interessenspolitik zu vereinen unternehmen will.

Es ist noch immer das alte Lied, das wir 1853 und 1863 gesungen. Die öffentliche Meinung, die liberale Presse forderte 1853, daß Preußen auf die Seite der Westmächte gegen den absoluten, allen Liberalen verhassten Czaren trete. Und doch hätten die Interessen Preußens vielmehr seinen Anschluß an Rußland nahe gelegt. Und 1863! — wer erinnert sich nicht der ohnmächtigen Declamationen unseres Abgeordnetenhauses, der kurzfristigen Politiker, welche über die russische Allianz Bismarck's ihren Weheruf ertönen ließen? Wieder war das Gefühl der Feindschaft gegen das reactionäre Rußland stark genug, alle kaltblütigeren Erwägungen unserer Interessen zu verdrängen. Zum Glücke hielt damals, 1863, ein Staatsmann die Dinge in fester Hand, der 1853 im entscheidenden Momente uns abging.

Heute scheint die politische Lage Deutschlands ein gutes Verhältniß zu Oestreich wünschenswerth zu machen. Viele Motive dafür liegen auf der Hand: andere, die wir in öffentlicher Discussion noch nicht berührt sehen, wollen auch wir heute noch nicht besprechen. Auf der anderen Seite ist verständlich, daß selbst Graf Beust durch die Ereignisse gezwungen ist, seinen Groll im Busen zu verhüllen und seine Intriguen gegen Deutschland für jetzt zur Ruhe zu setzen: auch Oestreichs Interessen scheinen für den Augenblick freundliche Beziehungen zu Deutschland zu fordern. Gastein und Salzburg sind die Symptome und die Früchte dieser beiderseitigen Entschlüsse. Die Garantie des allgemeinen Friedens für die nächsten Jahre, vielleicht auf längere Zeit, ist in ihnen enthalten. Und wenn nun an der Richtigkeit dieser letzten Sätze kein Mensch zweifelt, was sollen denn die Tiraden bedeuten, die man täglich über Oestreich liest? Wir fragen, wo ist ein irgendwie zuverlässiger Anhalt gegeben für die Annahme, daß Graf Hohenwart, soweit an ihm, die auswärtige Politik Beust's nicht unterstützen würde? Ist denn die Wiener Presse in Deutschland nicht ausreichend gekannt? oder bürgt der Charakter der Wiener Journalisten dafür, daß ihre Insinuationen auf mehr als bloßer Feindschaft gegen Hohenwart beruhen?

Die inneren Zustände im Kaiserstaate an der Donau sind so verwirrt und so verfahren, daß schwer hält, ein objectives Urtheil darüber sich zu bilden. Jedenfalls aber ist das sicher: an dem heutigen Wirrwarr tragen die größte Schuld die liberalen Ministerien, die deutsch-österreichische Reichstagsmajorität und die Wiener Presse, die mit ihrer Freisinnigkeit sich brüstet. Kein Deutscher wird für die Czachen wohlwollende Gefühle heute empfinden und aussprechen; kein deutscher Politiker wird heute dem Auftreten der deutschen Parteien in Oestreich im letzten Jahrzehnt irgend welchen Beifall oder ihrer heutigen Lage irgend Sympathien zollen dürfen. Fremd sind uns alle Parteien im österreichischen Ländercomplexe: neutral stehen wir dem inneren Kampfe gegenüber: unser ganzes Interesse ist darin enthalten, daß der österreichisch-ungarische Kaiserstaat als Ganzes in der Haltung verbleibe, die er neuerdings Deutschland gegenüber eingenommen hat.

Wenn heute das Ministerium Hohenwart, nachdem seine auf die Deutsch-östreicher sich stützenden Vorgänger nicht verstanden, die Verfassung in Cisleithanien's Leben zu rufen, das Experiment macht, gewisse Modificationen an der cisleithanischen Verfassung vorzunehmen, um sie lebensfähiger zu gestalten, muß uns dann der Protest der deutschen Partei gegen diese Modificationen sofort den Gedanken aufzwingen, eine deutschfreundliche Haltung des Gesamtstaates sei mit diesen Aenderungen in Oestreich unverträglich? Nein, wenn sogar Graf Beust, der noch vor Jahresfrist alles, was ihm erdenklich und möglich schien, gegen unser deutsches Reich gethan hat, heute der Einsicht in

die politische Nothwendigkeit seiner Lage sich gefügt und eine an Deutschland sich anschließende Friedenspolitik sich erwählt, — weshalb sollte Graf Hohenwart zur Befriedigung czechischer und polnischer Frondeurs mit uns Händelsuchen müssen? Die Wiener Parteipresse mag dies behaupten; — für uns ist dies kein Grund es zu glauben. — Ja, aber die ultramontanen Tendenzen Hohenwart's? Gewiß, daran zweifeln wir keine Secunde, das steht auch für uns fest: heute sind die Feinde Deutschlands, nachdem die Schwarz-Gelben zur Zeit nichts wider uns unternehmen können, vornehmlich in den Schwarzen und in den Rothhen zu sehen. In ganz Europa werden die Republikaner und die Ultramontanen bei jeder Schwierigkeit, die uns in den Weg tritt, aufjubeln und ihre Gesinnungsgenossen im Inneren Deutschlands so viel als möglich unterstützen. Wir geben auch das Weitere zu: Die Ultramontanen sind uns weit gefährlicher als die Republikaner. Aber aus allen diesen Voraussetzungen ziehen wir doch nicht den Schluß, daß das Ministerium Hohenwart mit seinen ultramontanen Verbündeten einen Feldzug gegen uns in nächster Zeit zu unternehmen beabsichtige oder in diesem Sinne die auswärtige Politik des Gesamtreiches zu beeinflussen Lust hätte. Auch in dieser Beziehung halten wir an dem Satze fest — den wir aus der Betrachtung der Geschichte als Erfahrungssatz gewonnen haben — daß nicht die Sympathien, sondern die Interessen über die auswärtige Politik eines Staates entscheiden. Die Lage, welche so mächtig war, selbst den Grafen Beust uns gegenüber zum Friedensapostel zu bekehren, dieselbe Lage wird auch den Grafen Hohenwart trotz aller ultramontanen Allianzen seiner inneren Politik zur Ruhe nach außen zwingen.

Man sollte in Deutschland sich den inneren Wirren Oestreichs gegenüber eine Lehre ziehen aus dem Verhalten der Ungarn. Freilich nicht einzig aus den erlogenen und gefärbten Berichten der Wiener Presse darf man hier die Aufklärung über den Thatbestand schöpfen wollen. Vor uns liegt ein Bericht, welcher der Böhmischen Zeitung darüber zugegangen ist (Nr. 270 vom 29. September, 2tes Blatt). Wir haben allen Grund, ihn als unbefangenen und richtig anzusehen. Darnach behielten die Ungarn vor der Hand sich eine zuwartende Stellung vor; sie glauben sich nicht berechtigt, die Action des Grafen Hohenwart zu hindern, so lange er sich in dem Rahmen des dualistischen Ausgleiches von 1866 bewege. Für die Ungarn sind nicht ihre Sympathien, constitutionelle oder absolutistische, sondern ihre ungarischen Interessen allein maßgebend. Und werden diese nicht berührt (wir sahen bis jetzt keinen Beweis für die Wiener Insinuationen, daß daran gerüttelt werden sollte; wir können uns sehr wohl vorstellen, daß dieselben aufrecht bleiben), so liegt für die Ungarn kein Grund zu irgend welcher Parteinahme bei den cisleithanischen Kämpfen vor. Das ist praktische Politik. Wir verstehen, wie den Ungarn möglich geworden, ihre Wünsche in solchem Umfange 1867 durchzusetzen. Unsere deutsche Presse könnte viel, sehr viel von dieser kühlen realistischen Behandlung schwebender Fragen lernen.

Wir wiederholen, die Parteinagen in Oestreich gehen uns Deutsche gar nichts an. Unser Interesse ist völlig zufriedengestellt, wenn Oestreich als Ganzes in den Bahnen ausharrt, die in Gastein und Salzburg eingeschlagen sind. Wie im Innern die Oestreicher sich einrichten, ist ihre Sache: mögen sie sehen, wie sie mit einander fertig werden. Und wenn unsere Tagespresse die Politik des deutschen Reiches fördern und die öffentliche Meinung aufklären und leiten will, so möge sie dem hier ausgesprochenen Gedanken auch bisweilen Ausdruck verleihen.

Ähnliche Erörterungen ließen sich anknüpfen an die Aeußerungen der meisten Zeitungen über Frankreich und Rußland. Auch diesen Staaten gegenüber gelangen Sympathien und Antipathien viel mehr zur Haltung als die kalte Erwägung unserer deutschen Interessen. Wir gedenken ein andermal darauf zurückzukommen.

Berliner Briefe.

Berlin, den 30. September. Zwischen zwei wöchentlichen Briefen ist Zeit genug einen Ausflug zu machen, bei dem man wenig oder nichts verläßt, wenn die Politik immer noch, wie heut, obgleich unterdessen der Herbst eingezogen ist, Ferien macht. Vor acht Tagen stand das Laub an den Bäumen noch fest, heut heult der Sturmwind, mit Regen vermischt, durch die Straßen und bedeckt die Trottoirs auf beiden Seiten der Linden mit einem Teppich von abgestreiften Blättern, auf welchen der Fuß gleitet, während unendlicher Staub in den Wolken des Sprühregens beweist, daß trotz alles Wechsels der Dinge und trotz aller Culturfortschritte die Mark auch des neuen Reiches Streusandbüchse bleibt.

Vielleicht ist dieser Ruhm ein Entgelt für das, was sonst der Provinz versagt ist, welche unter allen Provinzen des preussischen Staates am meisten das Uebergewicht der Hauptstadt empfindet. Nicht so, als ob dadurch der eigenthümliche Charakter der Provinz verloren ginge, aber es fehlt an einem Mittelpunkt, indem sich der natürliche Mittelpunkt zu einem Mittelpunkt des ganzen Staates und jetzt des neuen Reiches gestaltet hat. Wie ganz anders sieht es in einer wirklichen Provinzialhauptstadt, wie Breslau, aus. Für das ganze Land von Oderberg bis Grüneberg ist Breslau noch immer der Mittel- und Vereinigungspunkt, gewissermaßen eine erste Instanz, während Berlin die zweite ist. In das Abgeordnetenhaus schiebt die Provinz 66, in den Reichstag 35 Abgeordnete. Das ist allerdings eine schmale Delegation für mehr als vierthhalb Millionen Schlesier und nicht zu verwundern, wenn diese ein starkes Gelüste nach mehr Autonomie haben, als sie jetzt besitzen. Sie sind stolz auf ihre Initiative im Jahre 1866, wo sie in der That einen Beweis von wahrer Vaterlandsliebe gaben, als sie bei der schwankenden Stimmung, welche damals in Preußen herrschte, als die am meisten Gefährdeten, zuerst ihre Opferwilligkeit bekundeten, und sie haben eine tiefe Idiosynkrasie gegen Alles, was der Centralisation ähnlich sieht. Vor allen Dingen besitzen sie der Hauptstadt gegenüber nicht eine Spur von jenem Respect, welchen selbst der gebildetste und selbständigste Mann in einer französischen Provinz Paris entgegenbringt, und sie finden sogar Breslau überlegen, so weit nicht die Einwohnerzahl oder jenes unbestreitbare Uebergewicht in Betracht kommt, welches die Anwesenheit einer Centralregierung ausübt. Auch ist nicht abzuleugnen, daß eine solche Provinzialhauptstadt gewisse Vorzüge besitzt. Der Standpunkt der großen Masse der Residenzbewohner ist ein sehr beschränkter. Die Stadt genügt ihnen vollkommen, über ihre letzten Häuser — an die anstoßenden Vergnügungsorte — geht ihr Gesichtskreis nicht hinweg, während in einer Provinzialhauptstadt der Verkehr zwischen